



14. Februar 2016

### **Zum Empfang des vermutlichen Kriegsverbrechers und israelischen Verteidigungsministers Ya'alon durch den Bundesrat**

Am Donnerstag, 11. Februar, empfing VBS-Vorsteher Guy Parmelin in Bern den israelischen Verteidigungsminister und Ex-general mit militärischen Ehren. Ya'alon ist Kriegsverbrechen während der Operation "Gegossenes Blei" gegen Gaza im Dezember 2009 angeklagt (aber natürlich nie verurteilt).

Die Schweizer Behörden stellen das Treffen als routinemässigen diplomatischen Austausch dar, als eine Fortsetzung der "Gespräche über sicherheitspolitische Themen". Allerdings präzisiert die Presseerklärung auch, dass "Kontakte hergestellt wurden hinsichtlich des Kaufs von Waffen". Und das ist auch der Kern der Sache: Der Kauf von Drohnen und militärischer Ausrüstung aus israelischer Produktion! Die Schweizer Behörden zögern nicht diese in kriminellen Operationen und Kriegen gegen die palästinensische Bevölkerung vor allem in Gaza getesteten und erprobten Waffen zu kaufen. Diese Käufe helfen mit, die Entwicklung dieser Waffen zu rentabilisieren und ihnen einen Persilschein als Mittel zur fortdauernden ethnischen Säuberung auszustellen. Der Besuch dient also offenbar dazu den Kauf weiterer israelischer Waffen vorzubereiten.

Einerseits bedauern wir, dass sich die Schweiz, die sich als Hüterin und Unterzeichnerin der internationalen Menschenrechte versteht, nicht durchringen kann auf solche Verträge mit Israel zu verzichten. Denn das von der Schweiz bezahlte Geld hilft die zukünftigen Kriegsverbrechen zu finanzieren.

Andererseits anerkennen wir, dass BR Parmelin es trotzdem gewagt hat die israelische Politik zu kritisieren, indem er sich besorgt zeigte über die Eskalation der Gewalt zwischen Palästinensern und Israelis und sich überzeugt zeigte, dass nur Verhandlungen eine dauerhafte Lösung herbeiführen könnten. Er ging sogar soweit, den Stopp des illegalen israelischen Siedlungsbaus zu fordern. Die GSP begrüsst, dass dieses Problem offen und öffentlich angesprochen wurde, anders als unter seinem Amtsvorgänger Maurer, der sich davor gehütet hatte. Solche Erklärungen können als erste schüchterne Schritte hin zu einer Schweizer Politik des Respekts der Menschenrechte in Israel/Palästina gedeutet werden. Trotzdem betrachtet die GSP diese Erklärungen als ungenügend, vor allem auf dem Hintergrund der gesteigerten Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern! Unsere Behörden bequemen sich von Zeit zu Zeit zu einer Kritik Israels ohne auch nur die harmlosesten Massnahmen zu treffen um auf die Verantwortlichen des zionistischen Staates Druck auszuüben.

In einem interview in der NZZ erfahren wir, welche Themen wohl durch Ya'alon im Rahmen des « Dialogs über die Sicherheitspolitik » angesprochen wurden: Ya'alon versucht die Schweiz dazu zu bewegen, die Besatzung der Westbank und des Golans sowie die Blockade von Gaza zu akzeptieren. Er ermutigt die Schweiz, die aggressive Politik Iran gegenüber zu unterstützen sowie die Bestrebungen Israels, Syrien zu fragmentieren und mit Saudi-Arabien und den Jihad-Terroristen ein de facto Bündnis zu schliessen.

Die GSP verurteilt vorbehaltlos die von Ya'alon im NZZ-Interview dargelegte Politik. Sie fordert die Schweizer Behörden auf, sich mit Entschiedenheit von dieser Politik zu distanzieren. Die Schweiz soll folgende Massnahmen treffen:

- ◆ sofortiger Stopp der militärischen Zusammenarbeit mit Israel
- ◆ vollständiges Embargo gegen militärischer Güter aus und für Israel
- ◆ Einsatz für den Respekt der Menschen- und des internationalen Rechts in Israel/Palästina
- ◆ Druck zur sofortigen und vollständigen Aufhebung der Blockade des Gazastreifens
- ◆ Anerkennung des Staates Palästina

Vorstand Gesellschaft Schweiz-Palästina (GSP)

Gesellschaft Schweiz-Palästina | [www.palaestina.ch](http://www.palaestina.ch) | [info@palaestina.ch](mailto:info@palaestina.ch)

Postfach 6245, 3001 Bern | PC-Konto: 10-4334-2